

Die wehrhaften Alten sind die Zukunft der Jungen!

BRR Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.
Bernhard Eicher Uhuweg 9 70794 Filderstadt

dbb Beamtenbund und Tarifunion
Herrn Ulrich Silberbach
Bundesvorsitzender
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

**Bündnis
für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.**

Postfach 01
74355 Bönningheim

Web www.beitragszahler-rentner.de
Email kontakt@beitragszahler-rentner.de

Kooperationspartner

Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V.

www.adg-ev.de

Betriebsrentner e.V.

www.betriebsrentner.de

Büro gegen Altersdiskriminierung

www.altersdiskriminierung.de

14.01.2019

Sehr geehrter Herr Silberbach,

am 08.01.2019 berichtete die Stuttgarter Zeitung über „*Beamte fordern Programm gegen Staatsverdruss.*“ Hierbei kritisieren Sie die zunehmenden verbalen und tätlichen Angriffe auf Vertreter des öffentlichen Dienstes, und dass die Menschen das Vertrauen in Institutionen verlieren. Hier stimmen wir Ihnen voll zu.

Die Ursachen für diesen Vertrauensverlust in die Institutionen sehen wir aber wo anders. Zur abhanden kommenden Werteorientierung trägt das Berufsbeamtentum wesentlich mit bei. Ihr gefordertes Sofortprogramm für einen starken und handlungsfähigen Staat besteht darin, den öffentlichen Dienst weiter zu privilegieren. Die Forderung den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen spiegelt nicht die Realitäten. So schrieb die Frankfurter Allgemeine schon 2017 „*jeder zweite Student will Beamter werden.*“ Bei einer deutschlandweiten Umfrage unter 1023 Studenten strebten 54 Prozent eine Verbeamtung an. Nur 8 Prozent jedoch konnten Beamte werden. Der öffentliche Dienst ist heute attraktiver als die meisten Berufe in der Wirtschaft.

Aus verschiedenen Veröffentlichungen wird auf eine implizite Staatsverschuldung von über 7 Billionen Euro und Pensionsansprüche von mehr als 3 Billionen Euro hingewiesen. Wenn auch beim Begriff Generationengerechtigkeit immer nur die Renten im Fokus stehen, werden auch diese heute gemachten Schulden und zugesagten Pensionsansprüche künftige Generationen belasten. Die Tabuisierung der Versorgung im öffentlichen Dienst und die ständige Dramatisierung der gesetzlichen Rente tragen wesentlich zum Staatsverdruss bei.



Vorstand
Herbert Heinritz (Vorsitzender)
Bernhard Eicher
Christiane Schaub
Johann Göttel
Meinhard Fröhlich
Peter Weber

Sitz
74357 Bönningheim
Postfach 01

Vereinsregister
Amtsgericht Besigheim
VR 710

Bankverbindung
Volksbank Franken e.G.
74713 Buchen
IBAN: DE21 6746 1424 0010 4580 05
BIC: GENODE61BUC

Steuernummer 55099/04257

Längst ist die repräsentative Demokratie durch Lobbyismus in Schieflage. In Deutschland ist die Alters- und Krankenversorgung nicht einheitlich geregelt. Die Bürger werden Parallelsystemen, von solidarisch und nicht solidarisch Versicherten, zugeordnet, nach den Regeln des Ständestaates des 19. Jahrhunderts. Dieses System hat alle Merkmale eines Apartheid-systems in dem für die Einen nicht gilt was für die Anderen selbstverständlich ist und spaltet die Gesellschaft. Diese Ungleichbehandlung steht in krassem Widerspruch zum Grundrecht Art. 3 (1) „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“

Der Verlust von Werten ist in allen Bereichen von Politik, Justiz und Wirtschaft ersichtlich. Die Justiz ist hierbei eine tragende Säule dieser Entwicklung. Die Rechtsprechung in den Sozialsystemen ist voller Ungleichheit und es fehlt an Gerechtigkeit.

Soziale Not ist nicht das Problem welches die politischen und verbeamteten Entscheidungsträger persönlich betrifft. Sie meiden den alltäglichen Sozialstress in den gesetzlichen Sozialversicherungen zur Kenntnis zu nehmen. Selbst jüngere Politiker und höhere Beamte sind überwiegend mit ihrer Anpassung an die herrschenden Verhältnisse beschäftigt. Eine wesentliche Ursache für die Wahrnehmungslücke zur Ungleichbehandlung in den gesetzlichen Sozialversicherungen, ist die Gleichgültigkeit und Selbstbezogenheit der politischen und verbeamteten Eliten. Es fehlt ihnen an Empathie für die Lebenswirklichkeit anderer. In ihren Parallelsystemen ist eine durchakademisierte, in weiten Teilen verbeamtete und schon jetzt bestens alimentierte Abgeordnetenschaft vorrangig mit der Absicherung der eigenen Karriere und den damit verbundenen Privilegien beschäftigt.

Wesentliche Ursache für diese Fehlentwicklung ist die Ausgestaltung des Berufsbeamtentums. Beamte verstehen sich nicht mehr als Staatsdiener, sondern auf Grund ihres Standes und der damit verbundenen institutionellen Macht im Staat, als Staatsherren, und schaffen sich eigene und bessere Versorgungssysteme.

Dieser Anspruch wird durch Präsenz in Legislative, Exekutive und Judikative abgesichert. Gleichzeitig wird damit die Gewaltenteilung – also die gegenseitige Kontrolle der Institutionen – aufgehoben und ad absurdum geführt. Die Verzahnung der Staatsorgane und die damit verbundene Zusammenarbeit des Berufsbeamtentums über alle Institutionen hinweg, läuft der Trennung der Staatsgewalten zuwider und stellt durch Lobbyismus die zentrale Stellung des Parlaments - und damit die demokratischen Strukturen – in Frage.

Mit der institutionellen Machtfülle des Berufsbeamtentums, wird mit Hilfe der Justiz, und dem Art. 33 (5) Grundgesetz die Privilegien aus feudalistischen Zeiten, gegen das Grundrecht Art.3 (1) des Grundgesetzes, durchgesetzt. Um eine solche Rechtslage zu erreichen wenden Richter das Recht aus dem Grundgesetz nicht an, sondern interpretieren es zu ihren Gunsten und setzen damit Recht.

Beamte sind nicht nur in Legislative, Exekutive und Judikative präsent, sondern mehrheitlich auch in allen Renten- und Gesundheitskommissionen vertreten. Sie dominieren damit Entscheidungsprozesse in den solidarischen Versorgungssystemen, obwohl sie diesen nicht angehören. So wurde z.B. 2005 das Alterseinkünftegesetz eingeführt, das auf Vorschlag einer Sachverständigenkommission zurückgeht, von deren 6 Mitglieder 5 Beamte waren. Zusätzlich stellte das Finanzministerium weitere 8 Beamte zur Zuarbeit bereit. Sowohl das BVerfG als auch die Sachverständigenkommission haben hierbei falsche Zahlenwerte verwendet: Hohe Renten, die so gut wie nicht erreichbar waren und niedrige Pensionen, welche gar nicht möglich waren (siehe www.altersarmut-per-gesetz.de). 3 Revisionsklagen hierzu wurden vom Gericht erst gar nicht angenommen.

In ihren Parallelsystemen profitieren Beamte steuerlich von der Schlechterstellung der solidarisch Versicherten. Denn alles was an versicherungsfremden Leistungen über Beiträge finanziert werden muss, müssen Beamte und Richter nicht anteilig über Steuern mitfinanzieren (zuletzt Mütterrente). Versicherungsbeiträge werden – mit Zustimmung der Rechtsprechung -

wie Steuergelder verwendet. Das Berufsbeamtentum bildet somit den Kern des Renten-
desasters und der Zwei-Klassenmedizin.

Im Begriff des Rechts ist grundsätzlich die Gleichheit aller Menschen angelegt. Gustav Radbruch, einer der einflussreichsten Rechtsphilosophen des 20. Jahrhunderts definierte Gesetze als Werte aus Gemeinnutz, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit. Und er forderte, dass sich im Bewusstsein der Juristen tief einprägen müsse, dass es Gesetze geben kann mit einem solchen Maße von Ungerechtigkeit und Gemeenschädlichkeit, dass ihnen die Geltung, ja der Rechtscharakter abgesprochen werden muss. Wo Gerechtigkeit nicht einmal erstrebt wird, **wo die Gleichheit, die den Kern der Gerechtigkeit ausmacht**, bewusst verleugnet wurde, da entbehrt das Gesetz der Rechtsnatur und hat der Gerechtigkeit zu weichen.

Um die Privilegien des Adels zu beseitigen benötigte Frankreich eine Revolution und Deutschland einen verlorenen Weltkrieg. Ein Programm gegen den Staatsverdross muss somit die Beamtenprivilegien neu einordnen, Beamte in die gesamtgesellschaftlichen sozialen Strukturen mit einbinden und damit die Zwei-Klassengesellschaft beendet werden. Hierfür genügt hoffentlich der gesunde Menschenverstand. Es wäre zukunftsorientiert, wenn auf dieser Basis der Beamtenbund selbst Sinn und Zweck des heutigen Berufsbeamtentums in der Gesellschaft neu überdenken würde, wenn man der Staatsverdrossenheit entgegen wirken möchte.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Eicher
Stellvertretender Vorsitzender
Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.